

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner



Anzeiger

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Bei Abholung 14 t.ägig 1.— RM., frei Haus 1.10 RM. einchl. 12 bez. 15 Pf. Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Bestimmung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer

täglich 8-9 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 6 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vor 10 Uhr aufzugeben. — Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Straße 2 — Fernruf nur 554.

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn. Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz sowie des Finanzamtes zu Ramenz.

Nr. 266

Mittwoch, den 12. November 1941

93. Jahrgang

Deutschlands soziale Währung

Reichswirtschaftsminister Funk auf dem Betriebsappell der Reichsbank

In der Deutschlandhalle in Berlin fand am Dienstag anlässlich ihres Eintritts in den Leistungskampf der deutschen Betriebe ein Betriebsappell der Deutschen Reichsbank statt, der zugleich zu einer gewaltigen Kundgebung einer der größten Betriebe des Reiches wurde. Im Mittelpunkt des feierlichen Appells stand eine Ansprache des Reichswirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Funk, der sich grundlegend über die Bedeutung der deutschen Währungspolitik aussprach.

Einleitend erklärte der Reichsbankpräsident, daß es seine besondere Aufgabe sei, der Reichsbank ihren Wert zu bewahren und die Umgestaltung der Deutschen Notenbank zu jenem Abschluß zu bringen, der den nationalsozialistischen Prinzipien entspricht.

Nachdem Reichsminister Funk auf die Arbeit aller Reichsbankangehörigen, die politische Menschenführung und die soziale Betreuung eingegangen war, wobei er unterstrich, daß die nationalsozialistische Betriebsgemeinschaft der Reichsbank beispielgebend für das gesamte deutsche Bankgewerbe wirken müsse, führte er weiter aus:

„Ich lege den größten Wert auf eine enge Zusammenarbeit zwischen der Reichsbank und den Banken. Die Deutsche Reichsbank muß als Liquiditätsrücken unserer gesamten Wirtschaft stets in der Lage sein, die Entwicklung bei den Kreditinstituten zu überblicken und zu überwachen und, wenn erforderlich, auch in dem gewünschten Sinne zu beeinflussen.“

Diese Lenkung des Geld-, Kredit- und Kapitalstromes ist in der autoritär geführten Wirtschaft auch notwendig, besonders im Kriege, wo besondere Geldprobleme aus der Tatsache heraus entstehen, daß der unlaufende Geldmenge eine verringerte Menge von Konsumgütern gegenübersteht und das auf diese Weise freigelegte Geld möglichst weitgehend erfasst und der Kriegsförderung zugeleitet werden muß.

Aber dieses Geld wird nach Beendigung des Krieges wieder volle Kaufkraft haben, denn wir werden es mit Gütern zu füllen belegen können, die uns reichlich und billig aus den neu gewonnenen Rohstoffgebieten zustiegen werden.

Internationale Interessen ausgeschaltet

Wir haben uns auch geteilt durch das Gesetz über die Deutsche Reichsbank vom 15. Juni 1939, das von mir in Ausführung des erwähnten Führerauftrages vorbereitet und durchgeführt worden ist, von den überkommenen Golddeckungsvorschriften gelöst, weil es für uns nicht tragbar ist, daß Wert und Sicherheit unserer Währung sowie die Gestaltung unserer Währungspolitik weitgehend von internationalen Interessen und Einflüssen, insbesondere von einer international bestimmten Zins-, Kredit- und Preispolitik und von Währungsmanipulationen anderer Länder abhängig sind.

Unser Geld ist somit wert wie unsere Arbeit wert ist. Der Geldwert drückt den Wert des Sozialproduktes aus. Also ist unsere Währung eine soziale Währung. Der Staat bestimmt durch Preis- und Lohn den Wert unserer Arbeit. Die Preis- und Lohnpolitik ist also Sozialpolitik im höchsten Sinne. Da das Geld den Entgelt für die Leistung, also für die Arbeit darstellt, wird sein Wert ebenfalls vom Staat bestimmt, also ist auch die Geldpolitik Sozialpolitik.

Wenn mehr Geld als Güter vorhanden ist, muß entweder das Geld verringert, der Geldwert erhöht werden, was zu

sozialen Partien und zur Produktionsbeschränkung führt (und das lehnen wir ab), oder es müssen zusätzliche Güter ins Land gebracht werden, und zwar billige Güter. Dann bleibt der Geldwert unverändert und der Lebensstandard kann gehalten oder gar erhöht werden. Bis zur Erreichung eines solchen Zustandes kann man ohne Schaden die Kaufkraft des Geldes sozusagen auf Eis legen (was wir jetzt tun). Aber schließlich ist die Währungsfrage immer eine Vertrauensfrage. Nicht Gold und Devisen oder das Wechselportfeuille garantieren letztlich die Sicherheit der Währung, sondern die innere und äußere Kraft des Staates. Und allein diese Erkenntnis läßt im deutschen Volke nicht den geringsten Zweifel an der Stabilität der Währung aufkommen. Die Reichsbank ist stabil geblieben und sie wird auch weiterhin stabil bleiben und nach siegreicher Beendigung des Krieges erst recht!

Dem hierfür ist uns der Garant unser Führer, dessen Sache wir mit heißem Herzen beschworen sind, hierfür ist uns Garant unsere unvergleichliche Wehrmacht, aber auch die Arbeitskraft und der Einsatzwille unseres ganzen deutschen Volkes. Dieser fanatische Lebenswille, geboren aus dem Geiste des Nationalsozialismus, und der Glaube an die Zukunft unseres Volkes sind unerschütterlich. Ein Glaube und eine Gewissheit aber stehen über allem: Der Führer führt uns dem sicheren Sieg entgegen.“

Die Reichsbank im Leistungskampf

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley würdigte die Tatsache des Eintritts der Deutschen Reichsbank in den Leistungskampf der deutschen Betriebe als ein Ereignis von besonderer Bedeutung und Tragweite. An die Reichsbankgesellschaft wandte sich der Reichsorganisationsleiter mit dem Appell, in diesem Leistungskampf ihr ganzes Können und ihre ganze Kraft einzusetzen.

Der Reichsorganisationsleiter lenkte dann den Blick auf den Schicksalskampf Großdeutschlands und Europas, den er als einen Freiheitskampf des Lebens, einen Kampf um das Brot, die politische Willensbildung, um die Zukunft und Größe des Reiches kennzeichnete. In diesem unerbittlichen und unabänderlichen Kampf werde Juda vernichtet werden. Dafür seien Bürger die deutsche Wehrmacht, die Partei, das gesamte deutsche Volk und Europa!

Die Verjährung von Forderungen

Der Reichsminister der Justiz hat soeben eine Verordnung erlassen, die wichtige Vorschriften über die Verjährung von Forderungen enthält (Verordnung zur Ergänzung der Vertragshilfe vom 3. November 1941). Demnach verjähren Forderungen aus den Geschäften des täglichen Lebens jetzt wieder — wie vor Kriegsausbruch — am Ende des zweiten Jahres nach ihrer Entstehung. Die im Jahre 1939 entfallenden Forderungen verjähren a. B. am 31. Dezember 1941, nicht erst am 28. März 1942.

Eine Sonderregelung gilt nur für Wehrmachtangehörige und andere Personen, die durch die Auswirkungen des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte gehindert sind. Wie die neue Verordnung bestimmt, endet die Verjährung bei den Wehrmachtangehörigen erst sechs Monate nach der Beendigung des Wehrverhältnisses.

Auch für Europa

„Deutschland“ ist zu jeder Stunde seines persönlichen Einsatzes als Soldat im Weltkriege und seiner späteren politischen Arbeit der Gedanke des Führers gewesen, so wie er es heute ist. Der Erneuerung des deutschen Menschen und der Sicherstellung unserer nationalen Sicherheit galt und gilt sein Kampf, für dessen hohes Ethos und eisernen Folgerichtigkeit es in der Geschichte kein Beispiel gibt.

Im Laufe dieses Kampfes haben Entwicklung und geschichtliche Notwendigkeiten, wie der Führer selbst einmal sinngemäß gesagt hat, ihn dann oft zu neuen Aufgaben und Entscheidungen geleitet, die ursprünglich gar nicht in seinem Plane gelegen haben, deren Lösung dann aber immer klarer als eine unumgängliche Notwendigkeit erschien.

So ist auch aus dem Kampf um die Befreiung Deutschlands das Ringen um Europa geworden, dem ein wichtiger Abschnitt in der Rede des Führers vom Sonnabend galt. In diesem Teil seiner Ausführungen wurde die ganze Größe der moralischen und der materiellen Macht sichtbar, die Deutschland heute zur Verfügung steht und Kraft deren das Reich es sich leisten kann, seine Ansprüche auch im Namen eines ganzen Erdteiles mit größter Selbstsicherheit geltend zu machen und zu begründen. Zumal nach den Siegen im Osten und den Grundlagen, die sie schon jetzt für die Zukunft geschaffen haben, ist dieses Gefühl der gelassenen Zuversicht voll berechtigt. Drei Dinge ließ die Rede des Führers vor unserem geistigen Auge besonders klar erkennen: Den glanzvollen Weg, den Deutschland seit der Erstbekämpfung des Nationalsozialismus bis auf den heutigen Tag durchschritten hat; sodann die vollkommene Unmöglichkeit für unsere Feinde, heute noch der Entwicklung, so wie sie der Führer für unsere eigene Zukunft und die unseres Kontinentes bestimmt hat, entgegenzutreten, schließlich das Bild eben dieses Erdteiles das fähig sein Leben nach eigenen gelunden Gesetzen zu leben hat, auch wenn heute noch auf dem riesigen Bauplatz seiner Entwicklung vieles einigermassen unordentlich und unfertig erscheint.

Mehr als irgend jemals zuvor sprach der Führer für das neue Europa und die Ziffer von 350 Millionen Menschen umreißt das Gewicht dieser Feststellung besonders wirksam. Dies ist die Rede, so wie es notwendig ist, mit Sorgfalt und Wachsamkeit, aufnahmefähigem Sinn, so offenbart sich in ihr erschütternd eindringlich das Walten eines Geschicks, das jedes Opfer der Vergangenheit, der Gegenwart und auch der Zukunft sinnlos erscheinend läßt, auch wenn es vielen von uns unendlich schwer oder gar untragbar erscheinen mag. Heute tritt die Erkenntnis klar in unser Bewußtsein, daß die Zeit für eine wahrhaft umwälzende Neugestaltung unseres Erdteiles reif war und daß Adolf Hitler der Vollstrecker dieses übergeordneten Willens der Vorsehung ist. Noch ist der Kampf im Gange und wir alle werden vor seiner Gewalt vorwärts getrieben.

Fragen von ungeheurer geschichtlicher Tragweite befinden sich im Zustand der Lösung, die in diesem Kriege fällig ist, „ob wir wollen oder nicht“, wie Dr. Goebbels dieser Tage schrieb. Dieses Wir hat heute schon einen europäischen Sinn, auch wenn er noch nicht überall in Europa begriffen wird.

Britischer Ausverkauf

Roosevelt drängt auf Erfüllung seiner Forderungen. Zu den nordamerikanisch-britischen Verhandlungen über Englands Entschädigungen für die USA-Wacht- und Leihhilfe schreibt der Washingtoner A.S.-Korrespondent Smith, die USA-Regierung habe im September bekanntlich folgende drei Punkte vorgebracht: 1. Vermutung aller Marine- und Militärbasen des britischen Empire nach Kriegsende, die für die amerikanische Verteidigung als wichtig erachtet werden, 2. Anerkennung der Hullschen Handelsvertragsprinzipien auf Gegenseitigkeit und 3. Erweiterung der USA-Kontrolle über wichtige Rohmaterialien, wie Gummi und Zinn, für die England bislang das Monopol besitze.

Die Engländer, so schreibt Smith weiter, hätten auf diese Vorschläge bisher nicht geantwortet, doch die Besprechungen Hulls mit dem britischen Vordienstbesitzer Attlee in der vergangenen Woche hätten sich erstmalig zunächst mit dem wirtschaftlichen Teil des USA-Vorschlages befaßt.

Die Sowjethilfe der USA: Eine „nette Geste“

Senator Johnson erklärt im „World Telegram“, daß die Anleihe der USA an die Sowjetunion nicht mehr sei als eine „nette Geste“. Die Vereinigten Staaten könnten solche Unterstützungen frühestens in ein bis zwei Jahren durchführen. Der Senator kritisiert in diesem Zusammenhang die Verlogenheit der Sowjethilfe der USA, indem er an das Glückwunschtelegramm Roosevelts an Stalin anlässlich des Revolutionärsjahresfestes in der Sowjetunion erinnert. Diese Revolution sei der Ursprung blutigster Gewalt Herrschaft in der Geschichte.

In einem Monat nicht zu ersetzen

Die Verluste der britischen Luftwaffe am 8. November

„Die britische Luftwaffe muß die Angriffe auf die Deutschen ununterbrochen fortsetzen und kann dabei keine Rücksicht auf die Wetterlage nehmen.“

Mit diesen Worten wendet sich Oliver Stewart scharf gegen die vom britischen Luftfahrtministerium verbreitete Ansicht, daß die schweren Verluste der britischen Luftwaffe auf die ungünstige Wetterlage zurückzuführen seien. Oliver Stewart strift das britische Luftfahrtministerium auch insofern Lügen, indem er darauf hinweist, von einer fehlerhaften Konstruktion britischer Flugzeuge könne keine Rede sein.

Demgegenüber bleibt die Tatsache bestehen, daß dank der Überlegenheit der deutschen Luftwaffe an Menschen und Material sowie infolge der hervorragenden deutschen Abwehr die britische Luftwaffe die bisher schwersten Verluste an diesem 8. November erlitten hat, worauf der Londoner Korrespondent der schwedischen Zeitung „Aba Dagligt Allehanda“ hinweist. Er verurteilt die britische Niederlage damit zu entschuldigen, daß es sich um einen der größten Luftangriffe auf Deutschland gehandelt habe, weshalb „das Resultat nicht als ausschließlich unbefriedigend“ angesehen werden könne.

Dieser Zweioptimismus wird durch die Tatsachen widerlegt. Stimmen aus den USA weisen darauf hin, daß der Verlust des bei diesem Angriff eingebühten Materials nicht einmal in einem Monat ersetzt werden könne. Auch der an-

dere Vorwand, daß die 200 Mann, die in der Nacht zum 8. November die britische Luftwaffe eingebüht habe, aus der großen Menschenreserve des britischen Reiches ersetzt werden können, ist nichts als eine leere Ausrede. Am wenigsten wird die britische Luftwaffe in der Lage sein, einen solchen schweren Schlag wie den am 8. November mehrfach an sich vornehmen lassen zu können.

Dem der Mangel an steigendem Personal der britischen Luftwaffe ist stark. Hat doch selbst der britische Nachrichtendienst am 9. November eingestanden, daß die britische Luftwaffe weder über genug Bomber noch über ausreichend ausgebildetes Personal verfügt, eine Feststellung, die der nach London gefandene Beobachter Roosevelts, Dingers, am 18. Oktober den Engländern mit schonungsloser Offenheit unterstrichen hat.

Bei den Bemühungen, von den schweren Verlusten während des Nachtanfluges zum 8. November abzulenken, wird sogar der Frankreichfeldzug in die Erinnerung zurückgerufen, um zu beweisen, daß die jetzigen Einbußen „im Verhältnis zu früher“ viel geringer seien. Dabei entschließt dem britischen Sender Scotch Regional das immerhin interessante Eingeständnis, daß die britische Luftwaffe vom Beginn des Feldzuges in Frankreich bis zur Katastrophe von Düffkirch über 25 Prozent der Gesamtstärke an Piloten erster Linie verlor.

